



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Anke Rodewald
Telefon:	02104/99-2157
Fax:	02104/99-842157
E-Mail:	anke.rodewald@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 15.09.2010

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 02.09.2010, 15:05 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Michael Pätzold

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater

Wolfgang Diedrich

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Dr. Uwe Koppe

Wilma Langer

David A. Lungen

Ulrike Nessler-Mannheim

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann

(bis 16.37 Uhr)

Sybille Schettgen

(bis 17.40 Uhr)

Stephan Schnitzler

Margret Stolz

Elke Thiele

Christine Trube

Peter Vahlsing

Annegret Verbeek

#### **Verwaltung**

Michael Beitelsmann

Ulrike Gansauer

Sarah Gössel

Christoph Harrell

Bernhard Hildebrandt  
Birgit Jommersbach  
Rainer Krause  
Thomas Müller  
Klaus Przybilla  
Martin M. Richter  
Anke Rodewald  
Frank Schäfer  
Manfred Vollmer

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2010
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/017/2010
5. Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann 50/021/2010
6. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch - SGB II  
- flankierende Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 a  
- Suchtberatung 50/022/2010
7. Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH  
- Abschlussbericht 50/020/2010
8. Kennzahlen zur Anzahl Arbeitsloser und Leistungsempfänger/innen gemäß SGB II und SGB XII 50/013/2010
9. Nachträge

### **Nicht öffentlicher Teil**

10. Informationen der Verwaltung
11. Informationen aus der ARGE ME-aktiv

12. Programm "ALTERnativen 60plus - Zufrieden älter werden im 50/019/2010 Kreis Mettmann";  
Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungsstätten
13. Nachträge

## Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:        Formalien</b>
-------------------------------------

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu dem Tagesordnungspunkt 5 „Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann“ wird Herr Pätzold als Berichterstatter für den Kreistag benannt.

<b>Zu Punkt 2:        Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2010</b>
---

Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2010 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3:        Informationen der Verwaltung</b>
--

### Umorganisation der Dezernate

Herr Kreisdirektor Richter informiert über die ab 01.09.2010 gültige Umorganisation der Dezernate der Kreisverwaltung Mettmann. Er weist insbesondere darauf hin, dass das Amt 57 mit der Aufgabe „Schwerbehindertenrecht“ nunmehr dem Dezernat IV zugeordnet ist. Die Abteilung „Elterngeld ist ins Sozialamt eingegliedert worden. Der Sozialausschuss dankt dem Amtsleiter, Herrn Schäfer, für die bisherige gute Zusammenarbeit.

### Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann

Das sog. Mettmanner-Modell ist zwischenzeitlich akzeptiert worden und es laufen nunmehr Verhandlungen zur Implementierung. Zum 01.11. oder 01.12. geht die Zentrale in Mettmann an den Start. Die Dependancen sollen im Frühjahr 2011 folgen. Eine Auftaktveranstaltung mit den Pflegewohnberatungsstellen der kreisangehörigen Städte sowie der AOK wird am 06.10.2010 stattfinden.

### Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes

Aufgrund der bestehenden Vakanz bei der Aufgabenwahrnehmung der Gleichstellungsbeauftragten wird der Bericht über die Umsetzung und weitere Entwicklung erst in 2011 erfolgen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 4:        Informationen aus der ARGE ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/017/2010</b>
---

Der Geschäftsführer der ARGE ME-aktiv, Herr Przybilla, erläutert anhand einer Powerpointpräsentation den aktuellen Stand der Zielerreichung der ARGE ME-aktiv. Die Powerpointpräsentation ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügt. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften

und der Arbeitslosen bewegt sich auf einem niedrigeren Niveau als ursprünglich prognostiziert. Aufgrund der dauerhaften Erkrankung einer Mitarbeiterin in der Widerspruchsstelle sowie der Urlaubszeit im Juli haben sich die Bearbeitungszeiten im Widerspruchsbereich wieder verlängert. Herr Przybilla hat daher die Bundesagentur für Arbeit (BA) um vorübergehende personelle Unterstützung gebeten, um die bestehenden Rückstände aufzuarbeiten.

Herr Przybilla weist darauf hin, dass die nächsten Jahre unabhängig von der zukünftigen Organisationsform der ARGE ME-aktiv aufgrund der Einschränkungen durch deutliche Mittelreduzierung und Vorgaben des Bundes schwierig werden. Insbesondere durch die im aktuellen Sparpaket des Bundes beschlossene Wohngeldkürzung sowie die Einführung der Chip-Karte und die mögliche Erhöhung der Regelsätze wird ein Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu erwarten sein. Da jedoch die Eckwerte noch nicht bekannt sind, sind bislang weder konkreten Berechnungen noch Prognosen möglich.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 5: Neuorganisation des SGB II im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/021/2010</b>
---

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es sich heute lediglich um eine Vorberatung handelt, da die Beschlussempfehlung erst am 30.09.2010 erfolgt. Er dankt für die Positionierung der Verwaltung und die Ausführlichkeit der Informationen und der Vorlage. Herr Pätzold begrüßt ferner die Beteiligung der Bürgermeister bzw. der kreisangehörigen Städte.

Herr Kreisdirektor Richter teilt mit, dass aufgrund der beruflichen Tätigkeit zweier Ausschussmitglieder im Vorfeld der Sitzung eine Befangenheitsprüfung stattgefunden hat. Er betont jedoch, dass nach Feststellung des Rechtsamtes ein Mitwirkungsverbot ausdrücklich zu verneinen ist.

Herr Kreisdirektor Richter führt aus, dass es durch die Kürzungen des Eingliederungstitels zukünftig zu Einschränkungen bei der Bedienung der Kundinnen und Kunden des SGB II kommen wird – unabhängig von der zukünftigen Organisationsform der ARGE ME-aktiv. Er erläutert die Chance, im Falle einer Option das verbleibende Geld in enger Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten, den Wohlfahrtsverbänden, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer sowie weiterer Akteure bedarfsorientiert einsetzen zu können.

Herr Kreisdirektor Richter stellt kurz die Erfolgsfaktoren einer Option dar:

1. Verhinderung des Weges ins SGB II-System
2. Integration in Arbeit
3. Verhinderung des Übergangs von SGB II Kundinnen und Kunden ins SGB XII

Im Hinblick auf die Kreisumlage besteht ein großes Interesse des Kreises, die Erwerbsfähigkeit über 3 Stunden täglich zu stabilisieren, so dass ein gezielter Mitteleinsatz insbesondere bei den integrationsfernen Kundinnen und Kunden angestrebt wird.

Frau Hustädt teilt mit, dass bislang seitens der Fraktion UWG-ME kein abschließendes Votum vorliegt. Ihres Erachtens nehmen äußere Umstände (z.B. allgemeine Konjunkturlage) Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik, so dass die Einwirkungsmöglichkeiten des Kreistages diesbezüglich begrenzt sind. Außerdem sieht sie bei alleiniger Zuständigkeit des Kreises die politische Verantwortung allein beim Kreistag, insbesondere wenn die Arbeit der Nachfolgeorganisation nicht zufriedenstellend ausgeführt wird.

Frau Trube bestätigt, dass sich die Fraktion „Die Linke“ bereits auf die gemeinsame Einrichtung festgelegt hat.

Herr Ockel erklärt für die CDU-Fraktion, dass derzeit noch Abwägungsprozesse stattfinden. Im Ergebnis muss sichergestellt sein, dass die Kundinnen und Kunden in Arbeit gebracht werden. Erfolg ist wichtig – jedoch unter Beachtung der finanziellen Risiken.

Herr Kaiser erläutert, dass seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bislang noch kein abschließendes Meinungsbild besteht, da noch viele Fragen offen sind. Bislang ist die Arbeit der ARGE ME-aktiv sehr erfolgreich. Er stellt daher die Frage, warum nunmehr die Organisationsform geändert werden sollte – frei nach dem Motto „Never change a running system“ (*freie Übersetzung: „Verändere niemals ein funktionierendes System“*).

Herr Schnitzler teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion sich noch nicht abschließend entschieden hat. Entscheidend ist seines Erachtens, was bei dem einzelnen Menschen tatsächlich als Hilfe ankommt. Er verweist auf die erforderliche 2/3 Mehrheit im Kreistag zur Entscheidung, ob optiert werden soll und betont, dass es hier nur eine gemeinsame, fraktionsübergreifende Regelung geben kann.

Frau Nessler-Mannheim erklärt, dass sich die FDP-Fraktion auch noch nicht abschließend positioniert hat. Sie fände es für die Entscheidungsfindung hilfreich, wenn entsprechende Szenarien entwickelt würden.

Herr Kreisdirektor Richter verweist in diesem Zusammenhang auf den Verteiler der Kreisumlage und die so mögliche Umrechnung auf die kreisangehörigen Städte. Er berichtet von einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, welche die Firma Nordlicht Management Consultant GmbH anonym für eine kommunale Trägerschaft durchgeführt hat (*siehe **Anlage 2***). Diese Erkenntnisse sind auf den Kreis Mettmann übertragen worden (*siehe **Anlage 3***).

Herr Kreisdirektor Richter bestätigt, dass die Erfolge der ARGE ME-aktiv respektabel sind – dies nicht wegen, sondern trotz der schwierigen Rechtskonstruktion des SGB II mit seinen verschiedenen Zuständigkeiten. Er betont ausdrücklich, dass die Organisationsform der ARGE nicht der gemeinsamen Einrichtung entspricht. Es verbleiben weiterhin 13 Personalkörper mit unterschiedlichen Tarifverträgen. Insbesondere in Bezug auf das „Abrutschen“ in das SGB XII ist der bisherige Erfolg auf das ganzheitliche System unter der Federführung des kommunalen Geschäftsführers zurückzuführen. Zukünftig wird im Rahmen der gemeinsamen Einrichtung die Verantwortlichkeit der Aufgabenwahrnehmung strikt nach Zuständigkeiten getrennt sein, so dass der kommunale Einfluss in Zukunft geringer sein wird. Ferner verweist er auf die jahrelangen positiven Erfahrungen aus Zeiten des Bundessozialhilfegesetzbuches.

Frau Verbeek verteilt eine weitere Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände (*siehe **Anlage 4***). Sie geht davon aus, dass der mittelfristig prognostizierte Fachkräftemangel einige der bestehenden Probleme lösen wird. Für die Personengruppe der integrationsfernen Kunden, welche zukünftig immer stärker in den Vordergrund rücken wird, ist ihres Erachtens die BA-Zentrale in Nürnberg zu weit weg, um regional spezifische Probleme angehen zu können.

*In Bezug auf die während der Sitzung mehrfach angesprochenen vergleichenden Gegenüberstellungen ARGE/Option/gemeinsame Einrichtung wird nochmals auf das Eckpunktepapier sowie die als Anlagen beigefügten Matrizen verwiesen.*

**Zu Punkt 6: Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch - SGB II  
- flankierende Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 a  
- Suchtberatung  
- Vorlage Nr. 50/022/2010**

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Vorlage. Auf Anfrage betont er ausdrücklich, dass bei unverändert bestehender Symptomatik nach Beendigung des Beratungsprozesses keine Sanktionierung durch die ARGE ME-aktiv droht.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 7: Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH  
- Abschlussbericht  
- Vorlage Nr. 50/020/2010**

Herr Kreisdirektor Richter verweist auf die Ausführungen in der Vorlage. Er teilt mit, dass derzeit kein Nachschussbedarf durch die beteiligten Städte gesehen wird.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 8: Kennzahlen zur Anzahl Arbeitsloser und Leistungsempfänger/innen  
gemäß SGB II und SGB XII  
- Vorlage Nr. 50/013/2010**

Frau Stolz erkundigt sich nach den zukünftigen Auswirkungen von unterbrochenen Rentenbiografien. Herr Kreisdirektor Richter führt hierzu aus, dass aufgrund der demografischen Entwicklung hier eine zusätzliche Rentenproblematik besteht. Es ist daher in den nächsten Jahren von einer kontinuierlichen Steigerung der Aufwendungen für die Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen auszugehen.

Herr Schnitzler lobt das klare Bild, welches sich durch die Vorlage ergibt. So sind nun Profile für die einzelnen Städte erkennbar.

Frau Hustädt findet die Vorlage höchst aufschlussreich. Insbesondere im Hinblick auf die Arbeitslosen unter 20 Jahren erkundigt sie sich, was die ARGE ME-aktiv speziell für diese Altersgruppe anbietet. Herr Przybilla sagt zu, die Angebote für diese spezielle Zielgruppe zu Protokoll zu geben (*siehe Anlage 5*).

Frau Stolz weist darauf hin, dass der Anteil der Arbeitslosen mit ausländischem Pass gravierend hoch ist. Sie bittet die Verwaltung, künftig stärker als bisher in Projekte und Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten zu investieren – auch mit dem Ziel der Vorbereitung auf und Vermittlung in Arbeit. Ein weiterer Handlungsbedarf Richtung Integration wird aus der Mitte des Ausschusses formuliert.

Herr Kaiser hält es insbesondere für diesen Bereich erforderlich, bereits im Kindergarten-/Schulalter mit Fördermaßnahmen anzusetzen. Er sieht hier ebenfalls großen Handlungsbedarf.

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass die originäre Zuständigkeit für die Integrationsarbeit bei den Städten liegt. Das Sachgebiet Integration ist gut mit den kreisangehörigen Städten und den Akteuren der Integrationsarbeit vernetzt. Über die wichtige Arbeit der Arbeitskreise Integration intern sowie extern, die positive Entwicklung der Integrationsarbeit, den Ausbau der Vernetzung sowie die erfolgreichen Angebote und Projekte wird dem Sozialausschuss regelmäßig berichtet. Er betont, dass gerade für den angesprochenen Personenkreis

viele Fördermöglichkeiten bereits bestehen, die jedoch von den Städten unterschiedlich wahrgenommen werden. Die Verwaltung wird die gemachten Anregungen aufgreifen.

Herr Schnitzler sieht den Kreis als Aufsichtsbehörde von Städten mit Haushaltssicherungskonzept in der Pflicht, die Prävention ausdrücklich zu unterstützen.

Herr Kaiser sieht die Notwendigkeit, dass der Kreis gegen die Unterschiede in der Wahrnehmung der Förderung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Städte eingreift.

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Grenzen der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises gegenüber den finanzschwachen Städten.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 9: Nachträge</b>
------------------------------

Es liegen keine Nachträge vor.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:55 Uhr**

gez.  
**Michael Pätzold**

gez.  
**Anke Rodewald**